



Energiepaket vom Parlament beschlossen

Nach intensiven Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament konnte nun ein Kompromiss zur Liberalisierung des Binnenmarktes für Energie gefunden werden. Dieser wurde am Mittwoch mit großer Mehrheit im Parlament angenommen. Der von Deutschland und Frankreich favorisierte 'Dritte Weg' setzte sich durch: Die Stromkonzerne werden nicht zerschlagen. Sie müssen Strom- und Gasnetze getrennt von der Stromerzeugung führen - unter Kontrolle der nationalen Regulierungsbehörden. Verbraucherrechte werden zusätzlich gestärkt, denn der Wechsel zwischen zwei verschiedenen Stromanbietern wird künftig innerhalb von drei Wochen möglich sein.

EU-Verordnung zu Mobilfunkpreisen beschlossen

SMS und das Telefonieren im Ausland sowie das Herunterladen von Daten sollen schon ab Juli günstiger werden. Dies beschloss das Parlament am Donnerstag, nachdem bereits mit Rat und Kommission ein Kompromiss gefunden worden war. Markus Ferber begrüßt die Kostensenkung: "Technisch besteht kein Unterschied zwischen dem Versenden einer SMS von Aachen nach Brüssel oder nach München. Dies muss sich auch in den Preisen widerspiegeln!" SMS werden maxi-

mal 11 Cent kosten, die sekundengenaue Abrechnung wird beim Telefonieren ab 30 Sekunden Gesprächszeit erfolgen.

Ratingagenturen werden stärker kontrolliert

In einem umfangreichen Paket hat das Europäische Parlament über neue Finanzmarktregeln abgestimmt. So sollen vor allem Ratingagenturen besser kontrolliert werden. Das Risiko von Wertpapieren war in der Vergangenheit oft als zu gering bewertet worden. Eine Kontrolle der Ratingagenturen auf europäischer Ebene soll dies verhindern und Interessenskonflikte der Agenturen abwenden. "Das Vertrauen der Verbraucher wird gestärkt und die Stabilität des Finanzmarktes wieder hergestellt", sagte Markus Ferber nach der Abstimmung.

12-Tage-Regelung bei Busreisen wieder eingeführt

In zweiter Lesung hat das Parlament beschlossen, dass die 12-Tage-Regelung beim grenzüberschreitenden Personenkraftverkehr wieder eingeführt wird. Bedingung: Es handelt sich um eine einzige Reise von maximal zwölf Tagen. "Dies ist eine enorme Erleichterung für Busunternehmer", freut sich Ferber, Mitglied des Verkehrsausschusses. "Nun

braucht es keinen zweiten Busfahrer mehr."

Entlastungsberichte 2007

Das Parlament hat allen EU-Institutionen - außer dem Rat mangels Transparenz - und Agenturen die Entlastung für das Jahr 2007 erteilt. Haushaltsexperte Markus Ferber, Schattenberichterstatter zur Parlaments-Entlastung 2007, zieht ein positives Resümee: "Die zentralen Punkte sind in den Bericht aufgenommen worden." Insbesondere in Bezug auf den Pensionsfonds einiger Abgeordneter sei gesichert, dass der Steuerzahler nicht für die Defizite aufkommen müsse.

Patientenrechte grenzüberschreitend gestärkt

Unter dem Stichwort "Patientenmobilität" hat das Parlament eine Richtlinie beschlossen, die die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung regelt. Die Kostenrückerstattung bei stationärer Behandlung im Ausland soll auf Basis des nationalen Tarifs errechnet werden. Die Mitgliedsstaaten dürfen entscheiden, ob eine Vorabgenehmigung durch den Patienten eingeholt werden muss. Der Europäische Gerichtshof hatte einer Klägerin Recht gegeben und die Gesetzgebung damit angeregt.